



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/148 - 30.6.1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Nachwort zum Bundeshaushalt	S. 1
Der österreichische Koalitionspart	S. 3
Die Bundesbahn als "vorbildlicher" Arbeitgeber	S. 5
Sorgen der Synode	S. 7
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

## Kein Herz für Barackenbewohner von Reinhold Rehs, M.d.B.

Haushaltsdebatten sind nicht nur als Ausdruck der parlamentarischen Budget- u. Kontrollhoheit bedeutsam, sie sind auch politisch aufschlußreich. Sie zeigen, für wen das Herz der Regierung und Regierungsparteien schlägt, und für wen nicht. In der Zwischenzeit kann man wohl so tun als ob und auf Tagungen und Kundgebungen mit Sympathiebetuerungen den eigenen Standort vernebeln.

Wenn es aber um die Verteilung der Haushaltsmittel geht, dann werden die frömmsten Gesichter plötzlich steinhart, dann fallen alle Rücksichten, dann wird kommandomässig niedergestimmt, was nicht in den Interessenplan der Regierung passt, gleich, ob es sich um den Schutz der Zivilbevölkerung, die Gehörlosen oder die unschuldigen Leidtragenden der Nachkriegswirren, die Besatzungskinder handelt. Nichts ist daher für die Beurteilung der Parteien durch den Staatsbürger lehrreicher als die Abstimmung über die einzelnen Anträge zum Haushalt.

Noch heute bestehen in der Bundesrepublik 1919 Lager, in denen 231 622 Heimatvertriebene, Alte, Kranke, Witwen und Halbwaisen, teilweise im 11. und 12. Jahr wohnen müssen. Davon befinden sich 1699 Lager, d. s. fast 90 % der Gesamtzahl mit 190 460 Bewohnern, also mehr als 80 % der Gesamtzahl der Lagerbewohner in den Hauptflüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, nämlich in

Bayern	206 Lager	mit	34 786 Bewohnern
Schleswig-Holstein	513 Lager	mit	67 729 Bewohnern
Niedersachsen	980 Lager	mit	87 945 Bewohnern.

Für die Unterbringung allein dieser Lagerbewohner werden bei einer durchschnittlichen Familienstärke von vier Personen rd. 47 500 Wohnung,

benötigt. Bei einem nachstelligen Förderungssatz von 10.000.-- DM je Wohnungseinheit ergibt dies einen nachstelligen Kapitalbedarf von 475 Mio DM.

Die drei Länder haben im Jahre 1956 in Sonderbauprogrammen für die Lagerauflösung insgesamt 70,4 Mio DM Landesmittel eingesetzt. Das ist eine Anstrengung, die Anerkennung verdient. Sie kann von den Ländern ohne Benachteiligung der Wohnungsbauprogramme für andere bedürftige Personenkreise kaum gesteigert werden. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Länder die Leistungen in den nächsten Jahren fortsetzen, wird es also noch acht bis zehn Jahre dauern, bis die letzten Baracken verschwinden, wenn nicht vom Bund zusätzliche durchgreifende Hilfe erfolgt.

Die Bundesregierung und die CDU/CSU mit ihrem Anhang haben diese Hilfe des Bundes erneut verweigert. Sie haben den bereits am 1. Dez. v.J. von der soz. demokratischen Bundestagsfraktion gestellten Antrag, für das Haushaltsjahr 56 zur beschleunigten Lagerauflösung 60 Mio Darlehen einzusetzen und die den Ländern in den Jahren 1955-1968 pauschaliert zufließenden Kriegsfolgenhilfsmittel vorzufinanzieren, in der 2. und 3. Lesung des Haushalts ebenso niedergestimmt, wie den Antrag der SPD, zusätzliche Darlehensmittel zum Wohnungsbau für die Evakuiertenrückführung bereitzustellen.

Dieses Verhalten kann nur als schändlich bezeichnet werden. Was sollen die betroffenen Menschen in den Lagern davon denken, die wissen, dass die Bundesregierung durch ihren Finanzminister seit Jahren Steuergelder bis um beinahe acht Mrd. in die eisernen Kassen versenkt hat, dass sie bereit ist, ohne rechtliche Verpflichtung fast 1 1/2 Milliarden für die Stationierung der westlichen Truppen in Deutschland zu zahlen, und die allein für den Bau eines neuen Verteidigungsministeriums 55 Mio DM - fast genau soviel wie das beantragte Darlehen für die Baracken - bewilligt hat? Was sollen diese Menschen noch von den Erklärungen über christliche Nächstenliebe und soziales Verantwortungsbewusstsein halten, wie sollen sie an staatliche Gerechtigkeit glauben, wenn man bei einem Gesamthaushalt von rd. 35 Mrd. nicht einmal 60 Mio DM Darlehen, also rückfließende Mittel für die endliche Beseitigung ihres Elends übrig hat?

Kein Appell, dass der Bundestag die moralische Verpflichtung hat, hier ein Machtwort zu sprechen, hat genutzt. Bei dem Hinweis, die Ablehnung des SPD-Antrages bedeutet, dass die Menschen in den Lagern -3-

zu weiteren 8 - 10 Jahren, unter Berücksichtigung der bisherigen Zeitdauer bis zu 20 und 22 Jahren Lageraufenthalt verurteilt würden, fiel bei der CDE/CSU sogar das Wort "Demagogie"!

Das traurigste Bild boten die Vertriebenenabgeordneten der CDU/CSU. In der zweiten Lesung sah ich nur einen von ihnen, der den Mut und das Verantwortungsbewusstsein hatte, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Der Vorsitzende des Verbandes der Landmannschaften, der Abgeordnete von Manteuffel-Szöge stimmte dagegen, der Vorsitzende des Heimatvertriebenenausschusses im Bundestag, der Abgeordnete Kuntzker machte sich geschäftig zu tun, um sich an der Abstimmung vorbeizudrücken.

Sie haben bei dieser Abstimmung mehr preisgegeben als ihr Gesicht.

+ + +  
Der Effekt: bessere Erfolge

K. P. Wien, Ende Juni

Noch vor der Bildung einer neuen österreichischen Regierung und vor der Verkündung ihres Arbeitsprogramms wurde dieser Tage der neue Koalitionspakt bekanntgegeben, durch den die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs in Regierung und Parlament festgelegt sind. Damit hat man erstmalig ein solches Abkommen veröffentlicht. Nach den Wahlen von 1949 und 1953 hatte man ähnliche Abkommen geheimgehalten, was auf allen Seiten zu abenteuerlichen Vermutungen Anlass gab.

- Der Koalitionspakt enthält 7 Punkte und sieht, inhaltlich kurz wiedergegeben, folgendes vor:
1. Die ÖVP und die SPÖ bilden, unter Ausschluss dritter Parteien, eine Regierung und tragen gemeinsam die Verantwortung.
  2. Im Verhältnis zwischen den beiden Parteien und bei der Besetzung von Leitungsfunktionen (etwa in der verstaatlichten Industrie und in der Erdölwirtschaft) gilt der am 13. Mai erzielte Proporz.
  3. Neuwahlen können nur bei gegenseitigen Einvernehmen veranlasst werden.
  4. Ein Koalitionsausschuss, bestehend aus je fünf Vertretern beider Parteien, wird regelmäßig tagen.
  5. Regierungsvorlagen, die nur einstimmig zustande kommen können, sind auch für die Abgeordneten der beiden Koalitionsparteien im Parlament verbindlich, doch kann fallweise die Abstimmung freigegeben werden ("Koalitionsfreier

- Raum" in der Gesetzgebung.)
6. Bei allen sonstigen Vorlagen und Anträgen (Initiativenträgen) werden sich die beiden Parteien vor der Abstimmung untereinander einigen.
  7. Öffentliche Erklärungen über Währungsmaßnahmen können nur mit Genehmigung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers erfolgen.

Der in Punkt 2 erwähnte Proporz bedeutet ein Stärkeverhältnis in Prozentzahlen, von dem aber genaue Angaben fehlen. Es besteht lediglich der Hinweis auf den Wahlausgang vom 13. Mai. Demzufolge hätte die SPÖ 48,3 Prozent zu beanspruchen und die ÖVP 51,7 Prozent. Auf kleine Leistungskörperschaften übertragen, würde das Verhältnis etwa 50 zu 50 betragen und Zugeständnisse gegenüber der ÖVP - etwa in der Form der Bestellung des Vorsitzenden - notwendig machen. Doch hierüber gibt der Pakt keine Klarheit. Hingegen ist eines klar: Die ÖVP kann nicht mehr die verstaatlichte Industrie verunglimpfen und ihre Bedeutung oder ihre Leistung zu schmälern versuchen, denn sie ist nun gleichberechtigt und mitverantwortlich. Sie kann bei den nächsten Wahlen nicht mehr den Teufel in Gestalt eines sozialistischen Verstaatlichungsministers an die Wand malen, sondern trägt für das Gedeihen der verstaatlichten Betriebe - auch im Falle eines Nachlassens der Konjunktur mit entsprechenden beschäftigungspolitischen Folgen - die volle Mitverantwortung, was nicht immer gerade sehr angenehm sein muss.

Trotz der Schaffung eines "koalitionsfreien Raumes" bleibt nach Punkt 5 und 6 des Koalitionspaktes die aus der Zeit der Besetzung und des Wiederaufbaues stammende Gepflogenheit bestehen, dass die gewählten Volksvertreter zu allem Ja und Amen sagen müssen, was im Schoße der Regierung ausgehandelt wird. Nach den Bestimmungen der österreichischen Bundesverfassung untersteht die Regierung der Kontrolle des Parlaments, die höchste Instanz ist also das Parlament, oder besser gesagt der Nationalrat. Seit 1945 ist es aber praktisch so, und das kommt auch in dem neuen Pakt unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Regierung (einstimmig) beschliessen wird, wie die 156 Abgeordneten von den insgesamt 165 abzustimmen haben. Rechnet man dazu noch die starken Einflüsse der Kammern und sonstigen Interessenvertretungen, so kommt man, etwas übertrieben ausgedrückt, zu der Feststellung, dass in Österreich überall anders Politik gemacht wird, nur nicht im Parlament.

Die zunehmende Bürokratisierung des öffentlichen Lebens wird durch die Tatsache, dass die Politik von der Sphäre der Austragung weltan-

schaulicher Gegensätze in den Bereich trockener Verwaltungsroutine verlagert wird, noch verstärkt. Andererseits muss zugegeben werden, dass sich auf diese Art leichter regieren lässt und dass im Endeffekt bessere Erfolge zu erzielen sind. Was aber den "Koalitionsfreien Raum" im Parlament betrifft, so muss erst die Entwicklung abgewartet werden, ehe man sich darüber ein Urteil bilden kann. Er ist offensichtlich ein Zugeständnis an die ursprüngliche Funktion des Parlaments und bietet möglicherweise den Parteien Stoff für eine wirksame Propaganda.

+ + +  
Um den Bestand demokratischer Selbstverwaltung

M.Z.S. "Die Welt" vom 27. Juni d.Je. bringt eine Meldung ihres Korrespondenten aus dem nordbadischen Kreis Lahr: "Der Bürgermeister der Gemeinde Schutterern, Karl Maus, will von seinem Amte zurücktreten, um wieder seine alte Stelle als Oberweichenwärter bei der Bundesbahn antreten zu können."

Was heisst "er will" um zu "können"? Maus war - dem Bericht der "Welt" zufolge - im Jahre 1955 zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt worden. Die Bundesbahnverwaltung in Karlsruhe aber beantwortete sein Urlaubsgesuch mit Kündigung. Dies würde für Maus den Verlust der Existenzgrundlage bedeuten und seiner in 31 Dienstjahren erworbenen Versorgungsansprüche. Also entschloss sich der Bürgermeister, im Benehmen mit dem Gemeinderat, sein Ehrenamt in der demokratischen Selbstverwaltung niederzulegen und an seinen Posten als Weichensteller zurückzukehren. So weit die Meldung der "Welt".

Ähnlich gelagerte Fälle sind bekannt, in denen private Arbeitgeber "ihre Leute" unter Druck setzten, Ehrenämter in der Gemeinde, im Kreis oder gar auf höherer Ebene niederzulegen, bzw. von vornherein auf jede Kandidatur zu verzichten. Und natürlich lag hier zumindest die besorgte Vermutung nahe, dass die Kandidatur für Angehörige bestimmter politischer Parteien - die dem Herrn Unternehmer nicht nach der Mütze waren - in erster Linie verhindert werden sollte. Aber kann na es etwa privaten Arbeitgebern verbieten etwas zu tun, was der Staat als Arbeitgeber mit der grössten Selbstverständlichkeit macht, ohne dass die Öffentlichkeit überhaupt nennenswert reagiert?

Man spricht so gern von der Überwindung der Klassengesellschaft

durch unsere moderne Demokratie. Sind die Aspekte solcher Herren-Allüren, in ihrem Einfluss auf die demokratische Ordnung, nicht erschreckend? Da wählt eine Gemeinde in freier, gleicher und geheimer Wahl einen Gemeinderat. Dieser wählt - gewiss im wohlverstandenen Interesse der Gemeinschaft, die er zu vertreten hat - einen Bürgermeister. Dieser Bürgermeister aber wird nun in die Entscheidung gestellt: entweder Verzicht auf alle in jahrzehntelangen Schaffens erworbenen Ansprüche, mit allen Konsequenzen für die Familie - oder Verzicht auf die Tätigkeit im Dienste des Gemeinwohls. Der Herr Bundesverkehrsminister sollte vor dem Deutschen Bundestag zu dem Fall des Bürgermeisters von Schuttern Stellung nehmen. Hier geht es um eine für den Bestand der demokratischen Selbstverwaltung schicksalhafte Frage.

+ + +

#### Unüberhörbare Mahnung

Der. Die dreitägige Sitzung der gesamtdeutschen Synode schloss ihre Beratungen mit der eindringlichen Mahnung an die Verantwortlichen in Bonn und Pankow, einer Errettung der Meinungen über die rechten Wege, zur deutschen Einheit zu gelangen, entgegenzutreten. Die evangelischen Kirchen, denen zwei Drittel unseres Volkes angehören, fühlen sich keiner der politischen Schöpfungen der Nachkriegszeit verbunden, weder dem Teilstaat Bundesrepublik noch der sogenannten DDR. Die Kraft ihres Wirkens schöpfen sie aus der Gewissheit, Träger des ganzen deutschen Volkes zu sein. Das kam auch schon rein äußerlich zum Ausdruck. Die Synode tagte abwechselnd in West- und Ostberlin, so die Klammer symbolisierend, die die im politischen und wirtschaftlichen Raum entfremdeten Teile Deutschlands noch zusammenhält.

Eine besondere aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission hat den Auftrag erhalten, mit den Regierungen in Bonn und Pankow in Verbindung zu treten. Die Synode kann ihre Verpflichtung, dem ganzen deutschen Volk zu dienen, seine innere Einheit zu wahren und für die Wiederherstellung der äußeren Einheit zu wirken, nur erfüllen, wenn sie mit den Spitzen beider deutscher Teilstaaten in ständiger Fühlungnahme

steht und ihren Einfluss auf sie ausübt. Der deutsche Protestantismus als geistige und religiöse Macht wird von der Spaltung Deutschlands am schwersten betroffen, jeder Schritt in die Richtung einer endgültigen Wandlung der Zonen- in eine Staatsgrenze muss das Gefüge der evangelischen Kirchen in den Grundfesten erschüttern und ihre Einheit in Frage stellen.

Die Synode weist sich nicht an, den Politikern vorzuschreiben, was ihnen zu tun obliegt, das würde dem eigentlichen Wesen der Kirche widersprechen. Sie steht über dem politischen Raum, wirkt aber auf ihn ein. Ausdrücklich stellt sie fest, das Evangelium lasse sich nicht mit einer westlichen oder östlichen Weltanschauung koppeln. Das ist eine deutliche Absage an alle Kreuzzugsideen und an das von gewissen "Abendländern" so oft missdeutete und missbrauchte Christentum; der deutsche Protestantismus wäre verloren, wenn der Eindruck entstehen würde, dass er einer bestimmten politischen Ideologie zuneige.

Die Sorge um die Zukunft Deutschlands überschattete die Berliner Tagung der Synode. Sie fand berechneten Ausdruck in den Klagen über die Schikanen und Beschränkungen, denen die Kirche in Mitteldeutschland ausgesetzt ist, über die kaum verhüllte Feindschaft, der sie bei führenden Stellen Pankows begegnet. Nicht verhehlt wurden aber auch die Befürchtungen über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die der Bundestag in dieser Woche beschließen will. Wenn schon bei der Bonner Koalition nicht das Wort der Opposition gilt, sollte nicht wenigstens die Stimme der Synode beachtet werden? Die unvermeidlichen Abwirkungen einer allgemeinen Wehrpflicht - und noch dazu in diesem Stadium - werden den Prozess der gegenseitigen Entfremdung beider deutscher Teilstaaten noch mehr beschleunigen, die jungen Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze in schwerste Gewissenskonflikte stürzen und die Stellung der evangelischen Kirchen als derzeit einzige bestehende Klammer Gesamtdeutschlands noch schwieriger gestalten als sie es ohnehin schon ist. Auch dies machte die dreitägige Beratung der Synode deutlich.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

In solidarischer Verbundenheit

Der Vorstand der SPD hat das folgende, von  
Erich Ollenhauer und Wilhelm Mellies unterzeich-  
nete Telegramm an die Regierung der Republik  
Polen gerichtet:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mit  
Bestürzung Kenntnis genommen von den blutigen Repressalien, die gegen  
streikende und demonstrierende Arbeiter in Posen ergriffen werden.

Die durch die mangelhafte Lebensmittelversorgung ausgelösten  
Protestaktionen der Arbeiter entsprechen den besten Traditionen der  
sozialistischen Arbeiterbewegung Polens und dürfen nicht durch Poli-  
zeiterror und Standrecht niedargetreten werden.

In solidarischer Verbundenheit mit den streikenden Arbeitern  
appelliert die Sozialdemokratische Partei an Sie, die Ursachen der  
Protestaktionen zu beseitigen und den Forderungen der Arbeiter zu  
entsprechen, statt die Streikenden und Demonstranten zu bestrafen.

\* \* \*

Kommuniqué

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befasste  
sich am Freitag und Samstag in Bonn mit Fragen der Vorbereitung auf  
den bevorstehenden Parteitag. Prof. Leo Baeck, der in München eines  
der Hauptreferate über die Zweite Industrielle Revolution halten wird,  
gab dazu eine Reihe von sachlichen Informationen. Kurt Gonnard, der  
Arbeitsminister der Saarregierung, berichtete über den gegenwärtigen  
Stand der Verhandlungen zum endgültigen Saarvertrag. Im Namen des  
Vorstandes richteten Erich Ollenhauer und Wilhelm Mellies ein Protest-  
telegramm an die Regierung in Warschau wegen der blutigen Niederschla-  
gung der Demonstrationen und des Streikes von Arbeitern in Posen.

\* \* \*